



Mitten in Nürnbergs Altstadt, direkt am ehemaligen Heilig-Geist-Spital, ist aktuell der Pflegestützpunkt der Stadt Nürnberg untergebracht. Die Beratung soll aber womöglich dezentralisiert werden.

FOTO: WRANESCHITZ

Pflegestützpunkte in Mittelfranken

Kooperationsvertrag stärkt Hilfe

Das große Ziel: Ein per Rahmenvereinbarung finanziell gesicherter Pflegestützpunkt in jeder kreisfreien Stadt, in jedem Landkreis Bayerns.

Den Rahmenvertrag zwischen Pflege- und Krankenkassen, Bezirken und Kommunen haben die Verbände aller Beteiligten Anfang 2020 unterschrieben. Auf dieser Basis können in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen individuelle Pflegestützpunktverträge geschlossen werden. Doch in Mittelfranken hat sich bislang allein die Stadt Nürnberg mit dem Bezirk auf eine Finanzierung ihres Pflegestützpunkts gemäß diesem Sechs-Seiten-Vertrag mit sechs Anlagen verständigt.

Die allgemeine Aufgabe der Pflegestützpunkte (PSP): Alle Bürgerinnen und Bürger kostenlos zu allen Themen rund um die Pflege zu beraten, und zwar egal, ob diese gesetzlich oder privat versichert

sind. Den PSP in Nürnberg gibt es bereits seit 2009. Doch der Vertrag, der laut Bezirk „seit Ende 2020 in trockenen Tüchern“ ist, gibt der Stadt die Möglichkeit, mehr Personal und damit mehr Beratung anzubieten.

Der Rahmenvertrag sieht nämlich im sogenannten Angestelltenmodell pro 60 000 Einwohner eine Vollzeitkraft vor; in der Frankenmetropole wären damit zurzeit neun ganze Stellen möglich. „Mehr Personal einzustellen, das ist eigentlich das Schönste“, gibt Klaus Schmitz zu. Er ist Stellvertretender Amtsleiter im Seniorenamt, dem der Nürnberger PSP zugeordnet ist.

Bis zum Jahresende 2020 lief auch in der Noris die Pflegeberatung beim städtischen PSP und bei den Kassen. Gerade mal drei Vollzeitstellen gab es, halbe-halbe auf Stadt und Kassen verteilt. Dieses „Kooperationsmodell“, bei dem

das Personal bei den Trägern verbleibt, ist auch laut neuer Rahmenvereinbarung möglich. Nur haben nun Pflegekassen, Krankenkassen und Kommunen (Bezirk und Stadt/Kreis gemeinsam) je ein Drittel der Sachkosten zu tragen.

Doch in Nürnberg hat man sich für das „Angestelltenmodell“ entschieden: Alles Personal ist jetzt bei der Stadt angestellt. Vor allem deshalb ging fast ein Jahr ins Land, bevor die neue Rahmenvereinbarung in der Noris genutzt werden konnte. So mussten beispielsweise erst jede Menge verwaltungsinterne Probleme geklärt werden. Ein ganz wichtiges war, die IT von Kassen und Stadt zusammenzuführen.

„Nun haben wir viel mehr Gestaltungsfreiheit“, freut sich Schmitz über die veränderte gemeinsame PSP-Struktur. Drei neue Mitarbeiterinnen seien be-

reits eingestellt worden. „Bis Jahresende hoffen wir, auf sechs Vollzeitstellen zu kommen.“ Doch nicht alle Mitarbeitenden wollen die volle mögliche Stundenzahl pro Woche tätig sein. Dieses Mehr an Köpfen schafft laut Klaus Schmitz auch Platzprobleme bei den Büroräumen.

Die sind momentan alle im Komplex „Heilig Geist“ am Hans-Sachs-Platz untergebracht. Entlastung könnte schaffen, „wenn wir ab 2022 in die Fläche gehen. Wir wollen Beratungsleistungen in die Stadtteile bringen, in denen viele Menschen wohnen.“ Wie das genau geschehen kann, sei noch unklar. „Wir werden mit einem Pilot-Standort beginnen, vielleicht auch mobile Beratung einsetzen“, nennt Schmitz in Nürnberg diskutierte „erste Überlegungen“. Eine weitere: Die neue Struktur beschere „die Möglichkeit, Hausbesuche zu machen“; das sei bislang

den bei den Kassen Angestellten vorbehalten gewesen.

„Die Mitarbeitenden brauchen die fachliche Kompetenz, um fundierte Auskünfte zu geben“. Das steht für Dieter Heinlein vom Sozialreferat des Bezirks Mittelfranken im Vordergrund. Denn bei PSP nach dem Angestelltenmodell muss der neue Träger auch die bislang von Kassenseite wahrgenommenen Aufgaben mitübernehmen.

Pflegestützpunkte (PSP), die nach alten zwischen Kassen und Kommunen geschlossenen Verträgen arbeiten, bestehen in Mittelfranken bereits in vier kreisfreien Städten und Landkreisen. Die neue Rahmenvereinbarung schützt deren Bestand ausdrücklich, sofern kein neuer Pflegestützpunktvertrag nach den neuen Modalitäten gewünscht ist. Allerdings verhandeln aktuell fünf weitere mittelfränkische Gebietskör-

perschaften mit dem Bezirk, darunter die Städte Erlangen, Fürth, Ansbach und der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Der ein oder andere Vertrag stehe kurz vor der Unterzeichnung, verrät Dieter Heinlein.

Nicht nur dort könne mit Blick auf die neuen Finanzierungsmöglichkeiten die Zusammenarbeit zwischen Kassen und Kommunen auf neue Beine gestellt werden. „Aber die Initiative muss von den Städten und Landkreisen ergriffen werden. Wir werden sie gerne unterstützen, indem der Bezirk die Hälfte des kommunalen Kostenanteils übernimmt oder mit eigenem Personal stundenweise in den PSP berät. Aber erst, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.“, erklärt Dieter Heinlein vom Bezirk Mittelfranken.

Corona hat also offensichtlich auch hier einiges verzögert.

> HEINZ WRANESCHITZ

Mobile Bühne des Bezirks Niederbayern auch diesen Sommer wieder im Einsatz

Noch wenige Termine für 2021 buchbar

Um im Sommer 2021 wieder musikalische Freiluftveranstaltungen erleben zu können, unterstützt der Bezirk Niederbayern wie im letzten Jahr erneut die Veranstaltungsszene durch eine mobile Bühne. Koordinator des sommerlichen Projekts zur Belebung der heimischen Rock- und Pop-Szene ist Michael Hofmann, Populärmusikberater des Bezirks Niederbayern. Trotz guter Aussichten, in Kürze überhaupt wieder kulturell aktiv werden zu können, ist es vielen Veranstaltern nicht möglich, unter den derzeitigen Bedingungen im Bereich Hygiene, Logistik und Zuschauerbeschränkung rentabel zu wirtschaften.



Der Bezirk Niederbayern unterstützt die Veranstaltungsszene mit einer mobilen Bühne.

FOTO: SVEN BÄRWINKEL

Hier setzt das Programm des bezirklichen Kulturreferats an: In Kooperation mit einem Unternehmen für Veranstaltungstechnik kommt eine sogenannte „Trailer-Bühne“ zum Einsatz: Die mobile Bühne befindet sich auf einem Anhänger, der aufgeklappt und mit Beleuchtungs- und Beschallungstechnik bestückt werden kann.

So ist auch auf Dorf- oder Sportplätzen eine Konzertveranstaltung möglich, lediglich Strom wird benötigt. Die Kosten für die Technik und das dazugehörige Personal übernimmt das Kulturreferat ebenso wie eine Aufwandsentschädigung für die auf-

tretenden Musikerinnen und Musiker.

Das Angebot richtet sich an potenzielle Veranstalterinnen und Veranstalter vor Ort, die in ihrer Gemeinde etwas für die kulturelle Wiederbelebung tun möchten. Dies können ortsansässige Vereine wie die Landjugend oder Freiwillige Feuerwehr, Musikinitiativen oder auch Privatpersonen sein. Der logistische Aufwand für den durchführenden Veranstalter ist dabei nicht zu unterschätzen, doch ein großer Teil der Kosten für Technik und Band wird übernommen.

Michael Hofmann steht interessierten Veranstaltern gerne mit

Rat und Tat zur Seite, was die Planung und Durchführung anbelangt. Das zu bespielende Areal sollte leicht abtrennbar sein, um eine Besucherbeschränkung gewährleisten zu können, sowie über sanitäre Anlagen sowie Stromanschluss verfügen. Gefördert werden in erster Linie Konzerte von Bands und Musikern mit eigenem Repertoire, um der kreativen Populärmusikszene der Region Gehör zu verleihen. > VK

Als Zeitraum wird Juli bis September in Betracht gezogen. Interessierte können sich an Michael Hofmann wenden, Kontakt: info@pop-info-niederbayern.de